

Rede zum 80. Gedenktag an den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ICAN, das internationale Netzwerk für ein Atomwaffenverbot, kritisiert die jüngsten Vorstöße aus Kreisen der CDU und AfD nach deutschen Atomwaffen.

Der Fraktionschef der Union Jens Spahn forderte atomare Aufrüstung in Europa unter deutscher Führung. Rüdiger Lucassen, verteidigungspolitischer Sprecher der AfD, stimmte den Vorstößen von Spahn zu. Ein deutsches Atomwaffenprogramm sei aus seiner Sicht „logisch.“ Bereits vor einigen Monaten hatte Lucassen öffentlich erklärt: „Deutschland braucht eigene Atomwaffen.“

„Deutschland atomar aufzurüsten wäre blanker Wahnsinn“, kritisiert Hubertus Sonntag, Vorstandsmitglied von ICAN, diese Forderungen. „Statt über neue Massenvernichtungswaffen zu fantasieren, sollten CDU und AfD sich zur nuklearen Abrüstung und zu den bestehenden internationalen Verpflichtungen bekennen.“

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 verabschiedet worden, nachdem 50 Staaten beigetreten waren. Der Verbotsvertrag erfährt weltweit immer mehr Unterstützung. Inzwischen haben den Vertrag 73 Staaten ratifiziert und 94 unterzeichnet.

Deutschland ist nicht dabei.

Mit den Rufen nach atomarer Aufrüstung stellen sich CDU und AfD auch gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Eine aktuelle repräsentative Umfrage der Zeit: 21 Prozent der Bevölkerung befürworten deutsche Atomwaffen – was schon erschreckend viele sind, aber 72 Prozent sind dagegen – ein Querschnitt quer durch Alter und politische Zugehörigkeiten. CDU und AfD repräsentieren hier nur eine kleine Minderheit. Deutschland würde durch ein eigenes Atomwaffenarsenal selbst zum potenziellen Ziel eines nuklearen Angriffs werden.

Die gerade erneut beginnende Debatte um eine europäische Abschreckung steht in deutlichem Kontrast dazu, dass ein Großteil der Menschheit auf Atomwaffen verzichten will. Die nukleare Abschreckung bedeutet enorme Unsicherheit für die allermeisten Staaten dieser Welt sowie für die gesamte Menschheit. Anstatt mit Frankreich über eine potenzielle europäische Abschreckung zu diskutieren, sollte Deutschland mögliche Schritte in Richtung der Abschaffung von Atomwaffen debattieren und vorbereiten. Denn nur so kann es eine sichere Welt für alle Menschen geben, so die IPPNW. (Internationale Ärzt:innen zur Verhinderung eines Atomkriegs)

Die Forderung, dass die deutsche Bundesregierung den Dialog mit den Mitgliedsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags wiederaufnimmt, ist dringend. Sie muss sich weiterhin für die nukleare Abrüstung einsetzen, anstatt Atomwaffen durch Debatten um eine europäische Abschreckung zu legitimieren. Zudem muss die Unterstützung der von Atomwaffen betroffenen Menschen weitergehen, die bis heute unter den Folgen der Entwicklung dieser Waffen leiden.

Punkt 1 der Erklärung der 3. Staatenkonferenz des Atomwaffenverbots, die 30 Punkte umfasst, lautet: „Wir, die Vertragsstaaten des TPNW, (Atomwaffenverbotsvertrag) stehen vereint in unserer unerschütterlichen Entschlossenheit, den eskalierenden nuklearen Gefahren entgegenzutreten. Die vollständige, überprüfbare und irreversible Beseitigung von Atomwaffen ist nicht nur ein Wunsch,

sondern eine zwingende Notwendigkeit für die globale Sicherheit und das Überleben der Menschheit. Wir sind zuversichtlich, dass die wirksame Umsetzung und Universalisierung des Vertrags dafür sorgen wird, dass Atomwaffen nie wieder eingesetzt, getestet oder mit ihrem Einsatz gedroht wird. Die vor uns liegenden Herausforderungen können und werden bewältigt werden, wenn wir Fortschritte dabei erzielen, alle Staaten zum Beitritt zum Vertrag zu bewegen, alle Sprengköpfe zu vernichten, allen betroffenen Gemeinschaften Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die Ära der Atomwaffen für immer zu beenden.“

Wir dürfen nicht nachlassen, den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag von der deutschen Bundesregierung zu fordern!